

Studie: Betreuungsgeld mindert Bildungschancen =

Gütersloh (dpa/Inw) - Das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld mindert nach einer Studie die Bildungschancen vor allem von Kindern aus sozial schwachen Familien. Diese Kinder, aber auch Kinder aus Zuwandererfamilien, profitierten besonders vom Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen, heißt es in einer am Donnerstag veröffentlichten Untersuchung der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Zugleich würden internationale Erfahrungen belegen, dass die Zahlung eines Betreuungsgeldes oft dazu führe, dass Kinder aus diesen Familien zu Hause blieben. Die CDU/FDP-Regierung will laut Koalitionsvertrag 2013 ein Betreuungsgeld von rund 150 Euro im Monat in Form eines Gutscheinsystems einführen.

Der Besuch einer Kinderkrippe für Kinder unter drei Jahren hat einen deutlichen Einfluss auf die Bildungsbiografie, heißt es in der Studie. Demnach erhöht sich dann die Wahrscheinlichkeit erheblich, später ein Gymnasium zu besuchen. Besonders stark sei der Effekt für benachteiligte Kinder. Die Untersuchung war im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Schweizer Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) erstellt worden.

Durch den Besuch einer Kinderkrippe erhöht sich demnach die Wahrscheinlichkeit, das Gymnasium zu besuchen, um insgesamt fast 40 Prozent, bei Kindern aus Zuwandererfamilien sogar um 55 Prozent. Am stärksten profitieren Kinder, deren Eltern höchstens einen Hauptschulabschluss haben: Ihre Chance, ein Gymnasium zu besuchen, verdoppelt sich fast.

Zugleich belegten Studien aus Norwegen, dass das Erziehungsgeld dort vor allem von Müttern mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen und von Familien mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen werde. In Norwegen wurde 1998 ein Betreuungsgeld eingeführt.

«Die Ergebnisse zeigen, dass das geplante Betreuungsgeld die falschen politischen Weichen stellt», sagte Jörg Dräger, für Bildung zuständiges Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung. Es schaffe gerade für sozial schwache Familien den Anreiz, ihre Kinder nicht in die Krippe zu bringen. «Bildungspolitisch ist das ein Schildbürgerstreich.» Zugleich monierte er die hohen Kosten des Betreuungsgeldes, die auf jährlich 1,2 Milliarden Euro geschätzt werden. Das Geld werde dringend für einen ziel- und bedarfsgerechten Ausbau von Kindertageseinrichtungen und die Verbesserung der Qualität benötigt.

In einem offenen Brief forderten 16 Verbände die Bundesregierung auf, sich auf den Ausbau und die Verbesserung von Betreuungsplätzen zu konzentrieren. Das Betreuungsgeld widerspreche den Prinzipien einer modernen Gesellschaft. Zudem sollte eine Entscheidung darüber, wie Eltern ihre Kinder betreuen, nicht prämiert, honoriert oder bestraft werden. «Genauso wenig darf der Staat über ein Gutscheinsystem andeuten, einkommensarme Eltern könnten nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten.» Der offene Brief wurde unter anderem von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Kinderschutzbund, pro familia und dem Deutschen Frauenrat unterzeichnet.

(Internet: www.bertelsmann-stiftung.de)

[Stiftung]: Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh